

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschl. 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Aus dem Inhalt:

Neues Propaganda-Gefecht
Wien-Berlin

Das Ringen
um die Südflanke Madrids

Weitere Erfolge
der amerikanischen Arbeiter

17. Jahrgang

Donnerstag, 4. März 1937

Nr. 54

Kann Henlein verhandlungsfähig sein?

Dr. Heller: Solange es eine Demokratie gibt: niemals!

Prag. Im Plenum des Senats reagierte bei der Behandlung des Neukontingents, das in beiden Lesungen gegen die Stimmen der Henlein-Gruppe angenommen wurde, Genosse Doktor Heller in einer seiner besten Reden auf die jüngsten Erklärungen des Herrn Henlein in Aussicht.

Nachdem ein naiver Versuch des Herrn Soud, den Vorsitzenden zum Einschreiten zu veranlassen, weil Dr. Heller nicht zur Sache spreche, ergebnislos verlaufen war, suchten die SDP-Senatoren bald durch wütende, bald durch ironisch sein folgende Zwischenrufe den Redner im Konzept zu fesseln. Manchmal, wenn sie z. B. selbst ein Atemholen des Redners zu Bitteln benutzten, lag der Vergleich mit einer Schar von ABC-Schützen bedenklich nahe, manchmal wieder über schritten einzelne Herren alle noch so nachsichtig gezogenen Grenzen des parlamentarischen Anstandes.

Unser Redner fertigte sie jedoch sehr temperamentvoll ab und hatte mehr als einmal die Lacher auf seiner Seite. Wiederholt wurde er aber auch bei sehr ersten Stellen, so bei seiner schonungslos demagogischen Besetzung des Herrn Henlein und seiner Anhänger, von starker Zustimmung begleitet, die bis tief in die tschechischen Reihen ging. Ramentlich als Dr. Heller mit beifolgendem Hohn die Selbstgefälligkeit des hohen Herrn gesehete, die in allen seinen Reden und Rundgesängen in der ununterbrochenen Reihenfolge von „Ich“ sich widerspiegelt, hatte er bei dem aufmerksam lauschenden Senat einen nachhaltigen Erfolg.

Einleitend deklarierte Dr. Heller unsere vorbehaltlose Zustimmung zu der Vorlage über die Abschaffung der bisherigen Höchstgrenze für das Neukontingent, um dann auf Henleins jüngste Sonntagrede überzugehen:

Nach dreieinhalbjährigem Nachdenken und Überlegen des Herrn Henlein, seines Führerrates und seiner Hauptleitung und was da noch alles drum und dran hängt, ist Herr Henlein am Sonntag mit dem ganz „neuen“ Gedanken der nationalen Autonomie gekommen. Müller: Sodgman Nr. 2) Kein Mensch hat ja vorher etwas von einer nationalen Autonomie gewußt! Ein Gedanke und eine Forderung, die von allen sozialistischen Parteien des alten Österreich schon im Jahre 1899 erhoben wurde und der sich erst nach dem Umsturz auch die deutschen bürgerlichen Parteien angeschlossen haben!

Was bedeutet die nationale Autonomie? Sie ist nichts anderes als ein Verzicht des Staates auf gewisse Hoheitsrechte zugunsten der organisierten Nationen. Ob es sich dabei um territoriale oder um personale Autonomie handeln soll, hat Henlein im Unklaren gelassen. Was ist aber die Voraussetzung einer solchen Autonomie? Eine absolut ruhige und friedliche auswärtsige Situation und eine Atmosphäre vollsten Vertrauens zwischen den Völkern, welche diese Maßnahmen betreffen. Diese Voraussetzungen müssen vorhanden sein, damit der Staat ohne Gefahr für seinen Bestand den organisierten Nationen gewisse Rechte abtreten könne.

Ich frage nun, ob die Entschung, das Verhalten und die Taktik der SDP vom ersten Tage bis heute geeignet waren, ein solches Vertrauen zwischen den Deutschen und Tschechen herbeizuführen? Wer sich diese Frage vorlegt, muß sie verneinen. Denn was überhaupt möglich war, um die Atmosphäre zwischen diesen beiden Völkern zu verschlechtern, das ist seitens der SDP geschehen!

Unsere schwere und wahrhaftig nicht dankbare Aufgabe ist es zu zeigen, daß es in diesem Staate Deutsche gibt, die diese Atmosphäre des Friedens und der gegenseitigen Verständigung schaffen wollen, wozu die erste Bedingung die ist, daß sie sohne alle Drohungen und Bedrohungen stehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir zu diesem Staate halten, weil wir in ihm leben, leben wollen und bleiben wollen! (Lärm, Zwischenrufe bei der SDP: Seliger!) Meine Herren, wenn Seliger noch lebte, er würde Ihnen die Wahrheit hincinsagen, viel besser und viel mehr, als ich es imstande bin! (Neuer Lärm.)

Es wird als eine „Verleumdung“ bezeichnet, daß zu den nationalpolitischen Verhandlungen die SDP nicht beigezogen wurde, obwohl sie die Mehrheit des tschechischen Volkes repräsentiert. Aber kann man denn eine Partei zu Verhandlungen beigeziehen, von der man im

vorhinein weiß, daß sie nicht auf dem Boden der Demokratie steht und daß sie nur mit einem Auge hier ist, mit dem anderen aber über die Grenze schielt? Kann man eine Partei heranziehen, die durch ihre ganze Tätigkeit sich zu den demokratischen Grundlagen unseres Staates in den kräftigsten Widerspruch stellt? Auf parlamentarischen Boden hat sich die Tätigkeit dieser Partei ja bisher nur in Interpellationen ausgewirkt, und das reichlich. Aber ansonsten beruht diese Partei auf dem Prinzip der Totalität, d. h. auf der Gleichschaltung (Müller: Kadavergehorsam!) des ganzen Volkes in einer einzigen Bewegung, also

„Ich“, „Ich“ und Immer nur „Ich“

Diese Partei hat das Führerprinzip bis zum äußersten durchgeführt, genau so wie in Deutschland. Bitte, hören Sie:

„In Böhmisches Leipa 1934, nach dem Wahlsieger am 19. Mai 1935, in Äsch im Juni 1936 habe ich die Hand zur christlichen Mitarbeit geboten, sie ist ausgeschlagen worden. . . Ich bin mir bewußt, daß ich heute wiederum die Hand entgegen gestreckt habe, und zwar unter jenen Voraussetzungen, die von der tschechischen Defensivität allein gebilligt werden, aber ich weiß, daß ich . . .“

„Ja, ich, ich immer wieder ich. Ist das nicht unerschrocken? Einem Masafuz, der so ungeheuer viel nicht nur für sein Volk, sondern für Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit überhaupt geleistet hat, (Lebhafter Beifall), einem solchen Menschen fällt es nicht ein, dann immer wieder „ich“ und „ich“ zu sagen. Und dieser Mensch in Äsch, der bis zum heutigen Tage noch nicht geleistet hat als unser Volk ins Verderben zu führen, dieser Mann traut sich, „ich“, „ich“, „ich“ und wiederum „ich“ zu sagen!

Und weiter heißt es in den Meldungen über die Aufriger Kundgebung: Ich Konrad Henlein habe die Hauptleitung aufgelöst. Der Führerrat übernimmt die Stelle in der Hauptleitung und ich beauftrage den Führerrat.“ (Müller: Er bestellt sich seinen eigenen Außenminister!) Ist das mit Demokratie vereinbar?

Ist es möglich, daß in einem demokratischen Staat eine Partei, die auf diesen Grundlagen aufgebaut ist, Anspruch erheben kann, an wichtigen Verhandlungen teilzunehmen? Eine Partei, die berart alle Grundzüge der Demokratie mißachtet, eine Partei, die in allen ihren Lebensäußerungen auf dem Prinzip der Totalität beruht, das mit der Demokratie einfach unvereinbar ist! Eine solche Partei kann und wird, solange in diesem Lande die Demokratie besteht, niemals eine Rolle spielen können. (Lärm bei der SDP.)

Warum ist denn Herr Henlein nicht ins Parlament gegangen? Weil Hitler auch nicht ins Parlament gegangen ist. (Zwischenruf eines Henleinsennators: „Weil er sich mit solchen Leuten nicht zusammen setzen wollte!“ — Große Empörung auf der Linken.) Den Boden, auf dem einzig und allein im demokratischen Staate die Rechte eines Volkes, einer Klasse und was immer vertreten werden können, diesen Boden hat Herr Henlein gemieden und verachtet.

Denn als er damals in Teplitz vor den Wählern des Jahres 1935 stand, sagte er:

„Ich werde kein Mandat für die Nationalversammlung annehmen, aber ich werde den Leuten, die ich — wieder: „ich“ — in die Nationalversammlung schicke, auf die Finger sehen. (Lärm, Zwischenrufe!) Er hat seine Leute gekannt!

Größenwahn . . .

Ich werde Ihnen zwei Stellen aus der Rede Konrad Henleins vorlesen. In der einen sagt er: „Wir haben nicht nur das Recht, über das uns zugefügte Unrecht beim Völkerbund Beschwerde zu führen, sondern wir haben auch das Recht, die ritterlichen Nationen . . .“

Senator Raigner: Sie sind damit nicht gemeint!

Dr. Heller: Ich würde beleidigt, wenn ich darunter gemeint wäre — und die Engländer haben es sich auch schon vorbehalten. . . „unter den Vertragsmächten an ihre Garantie und moralische Verpflichtung zu mahnen.“

An einer zweiten Stelle sagt Henlein: „Sollte dieser neue innerstaatliche Versuch dieser Erlangung unserer Rechte scheitern, müßten wir weit mehr als bisher von den uns durch das internationale Recht zugewilligten auserstärkten Möglichkeiten Gebrauch machen.“

An zwei Stellen seiner Rede droht also der Führer der Tschechoslowakei mit Beschwerden und mit Aufhebung des Auslands gegen die Tschechoslowakei. Kann eine solche Partei verlangen, daß sie zu Ver-

handlungen zugezogen wird? Das ist eine blanke Unmöglichkeit.

Wie garbhenwahnsinnig diese Herren sind, ersieht Sie daraus, daß er sagt: „Und wir wollen unerschütterlich an unsere große Mission glauben, die nicht nur für Volk und Heimat, sondern für Europa Ruhe und Frieden bringen wird.“ (Heiterkeit.) Die Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland sind also gar nichts, ebenso nicht die Differenzen zwischen England und Italien, gar nicht zu reden von den Differenzen zwischen Rußland, Japan und anderen Staaten. Das alles ist gar nichts, sondern nur dann, wenn den Forderungen der SDP Rechnung getragen wird, ist die Ruhe und der Friede in ganz Europa gesichert. (Heiterkeit.) Sie sehen nicht nur die Unerblichkeit, sondern auch die politische Kindschäplichkeit, die aus alledem hervorgeht!

Die wahre Rolle der SDP:

Wie eindeutig diese ganze Politik ist, zeigt auch ein Auszug aus der Rede des Herrn Senats Frank II: „An jene tschechischen Parteien, denen wir Weitblick und Einsicht zutrauen, werden wir niemals müde werden, unseren Appell zu richten, zu einem christlichen Ausgleich beizutragen.“ Warum

Krofta: Einmischung von außen entschiedenst verboten

Am Mittwoch hielt Minister Dr. Krofta im Außenaußenrat des Senats das Schlußwort zur Expofé-Debatte.

Mit Genugtuung stellte der Minister zunächst fest, daß die Hauptlinien der tschechoslowakischen Außenpolitik allgemeine Zustimmung gefunden haben.

Auf einzelne Anfragen zurückkommend, erklärte der Minister, daß die Pressenmeldung, als hätte der tschechoslowakische Gesandte in Berlin mit dem Reichskanzler verhandelt, um über die Tschechoslowakei eine ähnliche Kundgebung wie über die Schweiz zu erwirken, nicht den Tatsachen entspricht.

Mit Rücksicht auf einzelne Bemerkungen, die in der Debatte über die Lösung der deutschen Minderheitenfrage gefallen sind, lehnte der Minister ab, daß es sich um eine solche innerpolitische Angelegenheit mit der Außenpolitik zu verknüpfen:

„Wir werden niemals zulassen, daß irgendein Staat, in welcher Art immer, sich in unsere inneren Angelegenheiten einmische. Die Annahme, daß wir bereit wären, ein gutes Verhältnis unseres Staates zu Deutschland dadurch zu erklären, daß wir mit ihm über unsere Verpflichtungen verhandeln, die unsere deutsche Minderheit betreffen, ist vollkommen falsch. Auf etwas derartiges werden wir niemals eingehen. Ich muß allerdings erklären, daß Deutschland niemals derartiges verlangt hat.“

Gewisse Verpflichtungen gegenüber unseren Minderheiten legen uns die Friedensverträge und unser Minderheitenvertrag mit Polen auf. Mit keinem anderen Staat besitzen wir Verträge über die Minderheiten und kein fremder Staat ist daher berechtigt, sich in unsere Minderheitenfragen einzumengen. Sollte uns welcher Staat immer etwa vorschreiben wollen, welche Sozialgesetzgebung wir haben müßten, werden wir uns dagegen ebenso entschieden verwahren. Ebenso können wir es nicht dulden, daß sich irgend jemand in unsere Nationalitätenfragen einmische. Es hat

nimmt Frank II nicht diese Partei? Wer sind diese „christlichen“ Parteien? Er kann darunter nur einen gewissen Teil der tschechischen Agrarier gemeint haben.

Denn sonst gibt es im ganzen tschechischen Lager keine Partei, von der anzunehmen wäre, daß sie dem Herrn Konrad Henlein irgendwie günstig gesinnt wäre. Die Rolle, die die SDP seit ihrem Bestehen spielt, ist ja die denkbar traurigste. Sie spielen nur die Rolle eines Wesens, der in der Ecke steht und mit dem man manchmal ein bißchen herumfunkelt, den man aber sonst ruhig in der Ecke stehen läßt. Mit dieser Rolle bescheidet sich die größte deutsche Partei, ja sie ist darauf noch stolz!

Demgegenüber ist es unsere Aufgabe, in erfrischer, ruhiger und sachlicher Weise gemeinsam mit den demokratischen Parteien des tschechischen Volkes an dieser Befriedung zu arbeiten, diese Befriedung herbeizuführen und die Atmosphäre zu schaffen, die notwendig ist, alles das zu tun. Und wenn man uns „Stuhhandel“ und „Kameradschaft“ vorwirft, Sie aber demgegenüber das Resultat der nationalpolitischen Besprechungen in Betracht ziehen, dann wird man nicht von himmelstürmender Freude erfüllt sein, aber man wird, wenn man ehrlich ist, zugeben müssen, daß es ein bedeutender Schritt nach vorwärts ist. (Sehr richtig!) Das alles ist natürlich „nicht“ in den Augen der SDP, die mit ihrem ganzen Herzen woanders ist, die nur den Unfrieden beahndet, um das deutsche Volk in jener Stimmung zu erhalten, in die leider ein erheblicher Teil — gewiß auch durch die ungeheure Not — getrieben wurde.

Ich betrachte diese Vereinbarungen als einen glücklichen Anfang, der selbstverständlich seine Fortsetzung finden muß und finden wird, der aber durch politische Konkurrenzänderungen konkrakter Parteien nicht verbunkelt werden kann. Auf diesem Wege werden wir weitergehen. Wir werden auch weiterhin wie bisher die Interessen unseres deutschen Volkes vertreten, und wir glauben, dies am besten zu tun, indem wir zusammen mit den demokratischen Parteien des tschechischen Volkes für das Weibehen, für die Sicherheit und für den Bestand unseres Staates und unserer Demokratie arbeiten! (Starke Beifall!)

Nach Annahme der Vorlage in beiden Lesungen, der die Annahme zweier Wirtschaftsabkommen vorausgegangen war, verlegte sich der Senat am Donnerstag 10 Uhr früh.

dies bisher auch kein Staat getan. Sofern dies manchmal die Presse unternimmt, oft auch die sogenannte halbamtliche Presse, ist dies ohne Bedeutung.“

Man hat hier davon gesprochen, ob es der Wahrheit entspricht, daß sich Vertreter der tschechischen Partei an das Ausland wenden. Wenn sie sich an den Völkerbund wenden, dann ist das ihr Recht, gegen das man nichts einwenden kann. Eine andere Frage ist allerdings, ob dies vernünftig ist. Die Hilfe des Völkerbundes benötigen keine Minderheiten, welche ihre Rechte in ihren Heimatstaaten nicht selbst schützen können. Sofern jedoch eine Minderheit oder eine Minderheitennation, welche so und so viele Abgeordnete hat, welche Minister in der Regierung besitzt, welche die Verwaltung von zahlreichen Gemeinden in der Hand hat, zum Völkerbund geht, um über eine angebliche Verdrückung zu klagen, ist dies töricht.

Aber geradezu unmöglich ist es, daß sie zu anderen Staaten klagen gehen. Alle diese Wege ins Ausland werden auf unser Vorgehen keinen Einfluß haben. Die Minderheitenfragen werden wir ohne Rücksicht auf die Außenpolitik lösen.“

Der Minister reagierte dann kurz auf die Bemerkungen, die über das Interesse des Auslandes an der Tschechoslowakei über die staatsfeindliche Propaganda und die tschechoslowakische Verteidigung geäußert wurden, und bestätigte, daß in der letzten Zeit weit mehr Auslandsjournalisten in die Tschechoslowakei kamen als früher. Ironisch bemerkte der Minister, daß der tschechischen Partei das Verdienst zukomme, durch ihr Wirken im Ausland die Aufmerksamkeit für die Tschechoslowakei gesteigert zu haben.

Wenn jemand das Ausland über die tatsächlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei zu informieren versucht, könne man ihm dies nicht verwehren. Es sei in der Debatte ganz richtig bemerkt worden, daß man prüfen müsse, ob es sich hier immer um sachliche und der Wahrheit

Die größte Stadt der Welt wählt

Am heutigen Tage finden in London die Wahlen zum „Grafschaftsrat“ (County-Council) statt, der Körperschaft, deren Aufgabe die eigentliche Kommunalpolitik der Hauptstadt des britischen Weltreiches ist. Bei den letzten Wahlen vor drei Jahren hat die Labour-Party zum ersten Male die Mehrheit errungen und sie hofft, ihre Mehrheit diesmal noch zu vergrößern, obwohl die Konservativen, die in London unter dem Titel „Municipal Reformers“ kandidieren, nach Kräften bemüht sind, die Kontrolle der Londoner Kommunalpolitik, die sie 27 Jahre lang inne hatten, wieder zurückzugewinnen.

Die Labour-Mehrheit im Londoner Grafschaftsrat, die von Herbert Morrison geführt wird, kann auf bemerkenswerte Leistungen während ihrer jetzt abgelaufenen dreijährigen Tätigkeit hinweisen. Sie hat ein großzügiges Programm der Verkehrsverbesserung in London durch die Erneuerung der völlig veralteten Waterloo-Brücke eingeleitet, mit deren Neubau gerade in diesen Tagen begonnen wird. Sie hat in den dichtbesiedeltesten Wohngebieten Londons Schwimmbäder und Grünanlagen errichtet, große Aufwendungen zur Verbesserung der Hospitäler gemacht und sich nach Kräften bemüht, die schandhaften Ländereien, die berühmten „Slums“, zu beseitigen und an ihrer Stelle moderne und gesunde Neubauten zu errichten. Noch in seiner letzten Sitzung vor der Wahl hat der Grafschaftsrat den Beschluß gefaßt, im Norden der Vorstadt Bethnal Green eine große Fläche zu erwerben und auf ihr Wohnungen für 1800 Angehörige der werktätigen Bevölkerung zu bauen. Die Londoner Labour-Mehrheit läßt sich von dem Vorbild der Wiener Sozialisten leiten und sie hat bereits einen Bauplan für die nächsten sieben Jahre aufgestellt, dessen Ausführung 85 Millionen Pfund erfordern würde, dessen Ergebnis aber die völlige Befreiung der Londoner Slums sein würde und dessen Bedeutung selbst die konservative Wochenchrift „Observer“ mit den Worten anerkennt: „Ein neues London entsteht“. Wie sehr sich die Londoner Sozialisten der volkswirtschaftlichen Bedeutung ihrer Maßnahmen bewußt sind, beweist die von ihnen gestellte Bedingung, daß alle für die Londoner Gemeinbauten benötigten ausländischen Materialien auf britischen Schiffen transportiert werden müssen, um so die Arbeitslosigkeit in der britischen Schifffahrt zu mildern.

Die Londoner Konservativen sind im Wahlkampf sichtlich um Argumente gegen die Labour-Mehrheit des Grafschaftsrates verlegen. Sie wofen zwar die Diskussionen, die jüngst in der Labour-Party um die „Einheitsfront“ mit den Kommunisten geführt wurden, dazu benutzen, von einem drohenden Einfluß des „Radikalismus“ auf die Labour-Party zu sprechen, aber Herbert Morrison ist weit und breit als ein Politiker bekannt, der radikalen Experimenten jeder Art abhold ist und auch bei seinem Londoner Reformwerk sehr überlegt und vorsichtig vorgegangen ist. Die weiteren Argumente der Konservativen, daß die Einkommensteuer in London während der Labour-Herrschaft im Grafschaftsrat um 20 Prozent gestiegen ist und daß der Wert der Privatgrundstücke in den Gegendern, in denen jetzt Arbeiterwohnungen gebaut werden sollen, sinken werde, können nur auf die besitzenden Schichten Eindruck machen, während Arbeiter und der Mittelstand die Leistungen des von der Labour-Party beherrschten Grafschaftsrates zu würdigen wissen.

Die heutige Londoner Wahl hat, wie gerade die Konservativen wissen, eine mehr als kommunale Bedeutung, da es sich um die Verteilung der sozialistischen Mehrheit in der Hauptstadt eines konservativ regierten Landes handelt, um die Durchführung sozialistischer Reformen in der größten Stadt der Welt. Der Wahlsieg der Labour-Party bei den Londoner Grafschaftswahlen vor drei Jahren war der Beginn eines großen Aufschwunges der Labour-Party in ganz England, der die damalige Regierung MacDonald-Waldwin ernstlich in Gefahr brachte und den Konservativen die Parlamentarismehrheit gekostet hätte, wenn nicht im letzten Augenblick der absehbare Konflikt ihnen eine günstige Wahlchance gegeben hätte. Das Ergebnis der heutigen Londoner Wahlen wird wiederum einen Schluß darauf zulassen, ob die Labour-Party, die durch die inneren Diskussionen über die Einheitsfront und die Rüstungspolitik in letzter Zeit kritische Situationen durchlebt hat, vor einem neuen Aufstieg steht.

Die rumänischen Studenten nach Hause geschickt

B u l a r e s t. Die Sicherheitsbehörden räumen und verriegeln am Mittwoch die Studentenheime, deren Insassen spätestens im Laufe des Donnerstags in ihre Heimatgemeinden abreisen. Unmittelbar Studenten wird von der Regierung eine freie Fahrkarte zur Verfügung gestellt. Ebenso wurden die Freimaurerlogen verriegelt. Die Kräfte der geschlossenen Studenten- oder Verbandsschule werden von den Behörden übernommen. Andererseits wird die Regierung energische Maßnahmen ergreifen, um arbeitslose Jugendliche in den Wirtschaftsprüfung einzuführen. Auf diese Weise soll einer der wesentlichen sozialen Ursachen der Studentenunruhen entgegen gewirkt werden.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Deutsch-tschechisches Problem und Weltpolitik

Agb. Jaksch über seine in Westeuropa gewonnenen politischen Eindrücke

Im Klub „Pittomnost“ in Prag hielt Agb. Jaksch vor einem zahlreich erschienenen Publikum einen Vortrag über seine Reise nach Frankreich und England.

Redner ging von seinen Eindrücken in Paris aus und erklärte, er sei freudig überrascht gewesen, in allen maßgebenden Kreisen

große Sympathien für das deutsche Volk vorzufinden. Zwischen den beiden großen Nationen am Rhein bestanden seit Jahrzehnten tragische Mißverständnisse. So wenig Vorderdeutschland völlig vom wilhelminischen Geiste beherrscht war, so wenig sei das französische Volk im Herzen völkerrassistisch gewesen. Das Unglück von 1914 entstand durch das Zusammenstoßen der Extreme auf beiden Seiten. Auf den Schlachtfeldern haben sich Deutsche und Franzosen als tapfere Männer achtem gekämpft und die Werturteile der Nachkriegszeit gingen entscheidend darauf zurück, daß die Gefühle des kleinen Mannes in der hohen Politik nicht zum Durchbruch gelangen konnten. Die Verständigung Deutschland-Frankreich wird erschwert durch den ungleichen Mißbrauch der politischen Entwicklung beider Länder. Man kann sagen, daß das Kabinett Blum die im besten Sinne deutschfreundliche Regierung darstellt, welche Frankreich seit Jahrzehnten befehlt. Leon Blum war es, der von der Tribüne der Kammer gegen die Ruhrbesetzung protestierte und dafür von den Nationalisten als „Anwalt der Deutschen“ beschimpft wurde. Seine Politik ist der Ausdruck der großen Friedenssehnsucht und der ehrlichen Bereitwilligkeit der französischen Nation, mit dem deutschen Volke zu einer dauernden Verständigung zu gelangen. Sie ist auf dem Glauben aufgebaut, daß auch die Massen des deutschen Volkes den Frieden wollen. Ein Krieg könnte also nur kommen als Fortsetzung des großen Mißverständnisses zwischen Deutschland und Frankreich. Nur dann ist eine kriegerische Katastrophe denkbar, wenn sich ein großer Teil des deutschen Volkes einreden läßt, von morschen Staaten, feindselig gesinnten und dabei schwachmütigen Völkern umgeben zu sein. Ohne der Erörterung dieses Themas vor der sudetendeutschen Öffentlichkeit vorzugreifen zu wollen, erklärte der Redner, daß sich jeder Verantwortungsbewußte sudetendeutsche Politiker lieber in Stille denken müsse, wie er sich dazu verhalten, den verbrecherischen Wahn zu nähren, daß ein isolierter Krieg, etwa zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei möglich sei. Man sei sich in Frankreich, aber auch in England dessen bewußt, daß der erste in Mitteleuropa ausgebrochene Grenzpfahl die Entstellung eines Weltfriedens von Stahl und Blei und Giftgas

bedeutet. Der Friede sei nur auf der Basis zu erhalten, wenn die Grenzen gegenseitig respektiert, die Grenzgebiete aber systematisch abgetragen werden. Unter dieser Voraussetzung findet das deutsche Volk eine faktische Befreiung vor, die weitgehendste Respektierung seiner wirtschaftlichen Interessen zu erzielen und damit einen dauernden Frieden am Rhein, an der Mosel und an der Donau zu begründen. Jaksch ist der Auffassung, der Sinn der englischen Politik liege darin, dem deutschen Volke möglichst viel Zeit zur Erörterung der Alternative des totalen Krieges und einer ehrenvollen Befreiung zu gewähren. Dabei will England nicht tatenlos zusehen, sondern streift seine militärische Kraft, um den Frieden schützen zu können, und ist auch politisch bestrebt, alle denkbaren Konfliktstoffe aus dem Wege zu räumen. Daraus ergeben sich aktuelle Zusammenhänge zwischen der europäischen Situation und der tschechisch-deutschen Frage. Im Widerbruch zu gewissen heimischen Isolationisten vertritt Jaksch den Standpunkt, es sei ein schlechter Dienst am tschechischen Volke, ihm einreden zu wollen, daß das nationale Problem nur zwischen Bodenbach und E-Melence gestellt sei.

Unsere inneren Probleme sind Teilprobleme des neuen Europa.

verbunden mit dem allgemeinen Friedensproblem und den europäischen Entscheidungen. Darum können wir das Thema nicht akademisch erörtern, sondern müssen praktische Lösungen finden. Das größte ideologische Hindernis der tschechisch-deutschen Annäherung liegt darin, daß jeder Partner sein Zielbild nach dem maximalen nationalen Bestehen formt, den er jemals in der Geschichte befaßt. Aus einem übertriebenen Historismus ergibt sich eine ideologische Verklärung an die Vergangenheit. Wenn auf die Gegenwart tut not. Tschechen und Sudetendeutsche sind heute vor die Wahl gestellt: Nationale Machtpolitik, verbunden mit Unfrieden und Gefahr, oder nationale Selbstbeschränkung als Basis des Wohlstandes und der Sicherheit. Jaksch begründet seinen Optimismus darauf, daß der kleine Mann letzten Endes doch die relative Sicherheit seines Daseins anstrebt und nicht Objekt einer gefährlichen Machtpolitik sein will. Der Pakt vom 18. Februar habe diesen Optimismus gerechtfertigt. Vom aktivistischen Standpunkte aus sieht Jaksch darin

nicht einen Abschluß, sondern einen guten Anfang des nationalpolitischen Verständigungsprozesses. Beide Vertragspartner können darauf stolz sein, in so unfriedlicher Zeit im Herzen des Kontinents ein Beispiel der Vernunft gesetzt zu haben. Vor uns liegt aber noch der Prüfstein der Einlösung. An dem besten Willen der führenden Männer sei nicht zu zweifeln. Soll das Werk gelingen, dann ist aber auch eine positive Einstellung eines jeden Beamten, jedes verantwortlichen Politikers und öffentlichen Funktionärs erforderlich. Redner ist weit davon entfernt, nur einseitige Forderungen zu stellen. Der deutsche Aktivismus ist sich der Größe der Aufgabe voll bewußt, die noch im sudetendeutschen Volke zu leisten ist. Ein historischer Erfolg des Verständigungswerkes liegt voraus, daß Tschechen und Deutsche vom Boden einer gemeinsamen Ideologie aus ein ge-

meinsames Staatsziel anstreben. Redner erblickt dieses Staatsziel darin, innerhalb der Grenzen der Republik ein Höchstmaß von Freiheit, Wohlstand und Kultur für alle Bürger zu verwirklichen. Der Pakt vom 18. Februar ist zustande gekommen, weil die demokratischen Parteien beider Völker am Verhandlungstisch saßen.

Die Unzufriedenheit Henleins ist begründlich, denn ihm geht es vor allem um die Freiheit, seine politischen Gegner ebenfalls ins Konzentrationslager sperren zu können.

Er fürchtet die Verständigung. Das soll aber nur ein Ansporn sein, am begonnenen Wert im Geiste der Demokratie weiter zu arbeiten und es glücklich zu vollenden. Vor allem obliegt es uns, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet eine gewaltige Aufbaubarbeit zu leisten. Jaksch stimmt der Meinung interessierter Engländer zu, daß in dieser Richtung bisher nicht genug systematisch ans Werk gegangen wurde. Das notwendige Aufbauprogramm bedarf einer größeren Resonanz in der öffentlichen Meinung. Die Ideologie des Nationalismus hat dazu beigetragen, daß wichtige Faktoren unseres öffentlichen Lebens die gewaltige Tragweite der ökonomischen Konstellation unserer industriellen Mandgebiete unterschätzen. Auch was das soziale Problem der Notstandsgebiete anbelangt, dürfen wir uns auf die Dauer nicht den Luxus rein polemischer Auseinandersetzungen leisten. Es ist richtig, daß auch der slowakische und tschechische Arbeitslose Anspruch auf Fürsorge besitzt und daß es auch in anderen Ländern Hungergebiete gibt. Diesen Angehörigen muß aber unsere Demokratie ihre soziale Men-

schenspflicht den Krisenopfern gegenüber in stärkerem Maße erfüllen als bisher. Man darf insbesondere nicht die eine oder die andere Partei allein an dieser Front kämpfen lassen. Was in letzter Zeit auf dem Gebiete der Ernährungspolitik an Erparungsmaßnahmen praktiziert wird, wächst sich vielfach zu einer Staatsgefahr aus. Redner richtet an die tschechische Publizistik und an alle verantwortlichen politischen Kreise den dringenden Appell, sich das Notstandsproblem in den Grenzgebieten selbst anzueignen und mit den deutschen demokratischen Parteien einen positiven Ausweg zu suchen.

Die Sudetendeutschen wollen nicht auf die Stufe eines Bettlervolkes herabsinken.

Im Interesse des Staates muß eine gemeinsame ökonomische Konzeption der demokratischen Tschechen und Sudetendeutschen erarbeitet werden. Unsere Landwirtschaft braucht die Mobilisierung der brachliegenden Kaufkraft in den Erparungsgebieten. Wir brauchen eine Orientierung der Wirtschaftspolitik, die es den fleißigen Bauern Böhmens, Mährens und der Slowakei ermöglicht, mit der sachlichen Tätigkeit unserer ungeliebten Arbeiter auf einer Linie zu marchieren. Wird dieser Weg beschritten, dann hegt Redner keine Befürchtung, daß die Tschechoslowakei etwa ein Sorgenkind Europas werden könnte. Heute aber morgen muß ein neues Europa kommen, weil es die Menschen und Völker einfach nicht ertragen, dauernd in Doh und Unfrieden zu leben. So wollen wir im eigenen Lande unseren Teil dazu beitragen, um den Frieden zu retten. Alle Tschechen und Sudetendeutschen, die guten Willens sind, mögen darin wetteifern, gute Europäer zu werden.

Reicher Beifall des zahlreich erschienenen tschechischen und deutschen Publikums folgte den Ausführungen des Vortragenden. An den Vortrag schloß sich eine kurze Debatte an, auf die dann Abgeordneter Jaksch in einem Schlußwort antwortete. Der Abend war sehr anregend.

Hackers Antwort an Henlein

Der Parteibeamte des Bundes der Landwirte, Gustav Hacker, beschäftigte sich am Dienstag in einer Bezirks-Bauernversammlung in Trausnitz mit der Aufforderung Henleins.

„daß diese letzte Kundgebung der größten sudetendeutschen Partei in Aussicht für das gesamte Sudetendeutschum eine große Entscheidung wurde, ja eine viel größere Entscheidung, als das so bezeichnete Ergebnis aus den Verhandlungen der verärgerten Splitterparteien mit der Regierung.“

Henlein habe in Aussicht genommen nichts Neues gebracht, aber Unmögliches verlangt. Es sei jedoch „Greuelpropaganda schlimmster Art und eine unabweisbare Schande für die, die es aussprechen, wenn man das Verhandlungsergebnis dazu benützt, um den Vorwurf des Volksverrates in die Massen zu werfen.“

Henlein erklärte, er könne warten; die Aktivisten aber können und wollen nicht warten, da das Interesse und die Not des arbeitenden Volkes Hilfe fordern.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen macht Fortschritte, wie ein Erlaß des heinleinistischen Deutschen Turnverbandes beweist, in dem die Einführung von „Gau-Erb-Verzügen“ angedeutet wird. Die „Gau-Erb-Verzügen“ werden zunächst die „Erbgesundheits“ der Amtswalter zu prüfen haben, später aber soll die gesamte Mitgliedschaft der Erbmusterung unterworfen werden. Gezeichnet ist der Maaß von dem Dietwart und dem „Verbands-Diet-Verantwortlichen“ für bevölkerungspolitische Fragen. Man sieht daraus, daß es um die Sudetendeutschen nicht schlecht bestellt ist und daß

man der SdP zu Unrecht vorwirft, sie habe nichts Positives geleistet. Sie bringt zwar den Menschen keine wirtschaftliche und soziale Besserstellung, sie vermag die Volksgenossen unternehmer nicht zur Aufgabe des Klassenkampfes gegen die Arbeiter zu bewegen, sie tut herzlich wenig dazu, um die Lungen und Knochen der Leute gesund zu halten, aber sie läßt durch den Turnverband die Erbgesundheitsprüfungen! Und einen Verbands-Diet-Beauftragten haben die Sudetendeutschen auch schon... Mehr benötigen sie im Augenblick wohl nicht. In der Henlein-Opposition tauchte, wie uns berichtet wird, sogleich die Frage auf, ob die „Gau-Erb-Verzügen“ vielleicht auch die Homosexualität verfolgen und gewisse Zirkel der völkischen Erneuerungsbewegung auf den erbgesundheitslichen Bestand der Geschlechtsdrüsen untersuchen werden, weil es bekanntlich in diesem Punkte an der Erbgesundheits mancher NS-Männer ebenso wie an der so vieler SA- und SS-Männer hapern soll.

Ein tschechisches Staatsrealgymnasium in Komotau. Die Stadtgemeinde Komotau hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Errichtung eines neuen Schulhauses für das tschechische Realgymnasium eine große Baustelle neben der Staatsschreiberschulungsanstalt um den Betrag von 200.000 Kč zu verkaufen. Auch mit diesem Bau soll ebenfalls begonnen werden.

Stellenausschreibung. Beim Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper gelangen in der nächsten Zeit die Stellen von zwei rechtswissenschaftlich vorgebildeten Konzeptschreibern zur Besetzung. Voraussetzungen: Doktorat der Rechte, vollständige Beherrschung der Staatsprache, Ausweis über die bisherige Praxis. Bewerber mögen ihre Anschrift einschicken an den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper, Teplic-Schönan, Richard Wagner-Straße Nr. 12.

Das Ringen um die Südflanke

Wie es für den Stellungskrieg, zu dem die Kämpfe um Madrid sich entwickelt haben, charakteristisch ist, gehen die Offensiven und Gegenoffensiven mehr und mehr in höchst brutale und ungeheures Material verschlingende Dauerkämpfe über. Obwohl von beiden Seiten immer wieder geregelte Schlächen gemeldet werden, handelt es sich doch um ein wechselvolles, bald an dieser, bald an jener Stelle heftiger anschwellendes Ringen an der ganzen Front, wobei ein Angriff der einen Partei jeweils Gegenangriffe auslöst und solche Kämpfe sich tagelang hinziehen.

Der entscheidende Teil der Front selbst noch immer die Südflanke am Jarama, wo Franco gegen die Straße Madrid-Balencia drückt, ohne freilich von der Stelle zu kommen. Er befestigt jetzt die errungenen Positionen, um wenigstens aktivistisch gegen die wichtigste Verbindung der Stadt wirken zu können. Aber im Laufe des Mittwoch wurden auch einige besetzte Linien am Jarama von den Regierungsgruppen im Sturm genommen.

In Madrid selbst handelt es sich um den Versuch Francos, seine vorgeschobenen Abteilungen zu retten. In den erbitterten Kämpfen, in denen um jedes Haus tagelang gerungen wird, sind keine nennenswerten positiven Resultate zu verzeichnen.

Auch in Asturien wird ununterbrochen gekämpft. — Bei Almeria soll sich ein neuer Vorstoß der italienischen Südgruppe vorbereiten.

500 spanische Waisen nach Mexiko

M e x i c o. Der Minister für Schulwesen hat vorgeschlagen, daß 500 Volksschulen je eine bestimmte Zahl von 500 spanischen Waisentinnen aufnehmen, die in kurzer Zeit in Mexiko eintreffen sollen. Die Schulen werden für ihre Erziehung und für den Unterhalt sorgen.

Labour-Party zum Rüstungsprogramm

L o n d o n. (Neuer.) In der geheimen Sitzung der Labour Party wurde beschlossen, daß sich die Partei grundsätzlich nicht gegen die Verzögerung für die Aufrüstung stellen werde. Die Labour Party wird kleinere Herstellungen der präliminierten Beträge für das Landheer, für die Marine und für das Flugwesen abgestuft, wie diese Präliminare dem Parlament zur Erledigung vorgelegt werden, fordern. Zum Schluß wird die Partei eine Resolution vorlegen, in der sie die Beschwerde aussprechen wird, daß eine Anpassung der Ausgaben fehlt, daß das Programm der Regierung keine Sicherungsmaßnahmen gegen die Gewinnaufschlag der Produzenten enthält und daß die Regierung keine konstruktive Friedenspolitik verfolgt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Handelsminister Paul Bastid über Wirtschaftsbelebung und Aufrüstung

Bras. Der französische Handelsminister Paul Bastid, der nach Unterzeichnung des französisch-tschechoslowakischen Handelsvertrages soeben Bras verlässt, gewährte vor seiner Abreise dem Vertreter des tschechoslowakischen Pressebüros eine Unterredung, in welcher er seine Eindrücke, die er während seines kurzen Besuchs in der Hauptstadt der Tschechoslowakischen Republik gewann, schilderte. Dieser Besuch eines französischen Kabinetmitgliedes hat die Aufrichtigkeit und Tiefe der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich neuerdings unter Beweis gestellt.

Der neue tschechoslowakisch-französische Handelsvertrag, der Dienstag unterzeichnet wurde, stellt — so erklärte Minister Bastid — das Ergebnis langer Bemühungen dar, denen sich während der Verhandlungen wieder die tschechoslowakischen noch die französischen Unterhändler zu entziehen versuchten. Selbst so eng befreundete Staaten, wie die Tschechoslowakei und Frankreich, konnten nicht so leicht zu einer befriedigenden Lösung der wirtschaftlichen Fragen bei so schweren Zeiten, wie wir sie soeben durchleben, gelangen. Ich glaube, daß es uns durch den neuen Vertrag gelungen ist, ein Instrument zu schaffen, das für die Lösung der mit dem gegenseitigen Warenaustausch verbundenen Fragen am besten geeignet ist. Die wirtschaftlichen Beziehungen bleiben, wie ein jeder anerkennt, immer die Basis der politischen Zusammenarbeit. Deshalb haben wir auch niemals die Hoffnung auf einen glücklichen Abschluß unserer Verhandlungen aufgegeben. Nach einer so langen und vertraulichen Zu-

sammenarbeit auf politischem Gebiete haben wir wohl das Recht zu glauben, daß das eben zustandgekommene Vertragswerk zur Festigung der für sich schon engen Bande beitragen wird, die unsere beiden Länder vereinen.

Die Tschechoslowakei und Frankreich haben gleichermaßen und neuerdings bewiesen, daß sich immer Mittel zur Überwindung von Schwierigkeiten finden lassen. Frankreich ist unermüdetlich auf der Suche nach Mitteln für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Beziehungen.

In den meisten Staaten zeigt sich nunmehr eine beträchtliche Wirtschaftsaktivität. Zweifellos liegt die Ursache dieser günstigen Wendung in den Auflösungen. Nach Auffassung einiger Theoretiker ist es nicht ausgeschlossen, daß diese wirtschaftliche Belebung, die fast allgemein ist, zur Lösung international-wirtschaftlicher Probleme beitragen könnte.

Ich bin, so sagte Minister Bastid weiter, grundsätzlich gegen den Wahnsinn des Wettrennens, aber wir stehen hier vor einem dringenden Gebot der gegenwärtigen Zeit, dem auszuweichen unmöglich ist. Sicherlich ist diese Situation abnormal. Die wirtschaftliche Belebung, die wir soeben erwähnt haben, gleich vielleicht der Erleichterung, die sich bei einem Kranken nach dem Gebrauch von Morphium einstellt. Der Folge ist eine augenblickliche, aber die Gesundheit bleibt weiterhin bedroht. Sicherlich wäre es am besten, den Gebrauch des Morphiums zu umgehen. Erst dann könnte man von einer Besserung unter normalen Voraussetzungen sprechen.

Konjunktur, Hochkonjunktur

Jug. E. Vn. Nach Jahren schwerster Depression ist endlich dem Hoffnungsstimmchen des Jahres 1935 in letzter Zeit eine wirkliche Besserung der Weltwirtschaft gefolgt. Ist auch der Effekt noch nicht bedeutend, so ist es doch erfreulich, daß auch unser Staat an dem Wirtschaftsaufstieg Anteil hat. Diese Freude läßt viele Wirtschaftsoptimisten die Wirtschaft schon in nächster Zeit in Sonnenglanz und Blütenpracht sehen und man liest hierzulande schon recht oft von Konjunktur und Hochkonjunktur in vielen anderen Staaten. Damit nicht ganz irrtige Vorstellungen verbreitet werden, muß zuerst einmal der Begriff „Hochkonjunktur“ klargestellt werden.

Hochkonjunktur ist dann, wenn alle Fabriken und Werkstätten, alle Gruben, Eisenwerke, Zementfabriken, Ziegeleien, Kalköfen, alle Landwirtschaft mit ihren Industrien, alle Eisenbahnen, Schiffahrt und andere Verkehrsmittel, mit allen ihren Maschinen und Einrichtungen mit voller Kapazität beschäftigt sind, ihre Produkte verkaufen und anständig bezahlt erhalten. Ferner, wenn alle arbeitsfähigen Arbeitsmenschen, also Angestellte, Arbeiter, Handwerker, Landwirte, Geschäftleute etc. anständig entlohnte Arbeit haben und wenn die Produkte dieser vollen Erzeugung für Zwecke der Menschheitsversorgung geschaffen werden und nicht etwa zur Menschheitsvernichtung, also nicht für Kriegszwecke. Dieser Zustand — und nur dieser — kann als Hochkonjunktur bezeichnet werden.

Wenn in Industriestaaten hauptsächlich Waffen, Munition, Uniformen, Gasmasken, Kriegsschiffe, Bombenflugzeuge und ähnliche Waren erzeugt werden, wobei niemand weiß, wer sie einmal bezahlen wird, dann ist dies nicht Hochkonjunktur, sondern Sch e i n Konjunktur.

Wenn in den Industriestaaten, welche sich als recht gut beschäftigt bezeichnen, ein Drittel der Fabrikbetriebe stillgelegt ist, sei es nun aus Mangel an Aufträgen oder an Kapital, sei es auf Befehl ihres Branchenkartelles, dann ist nicht Hochkonjunktur.

Wenn in den Industriestaaten, nach viel zu niedriger Schätzung, 18 Millionen Industriearbeiter arbeitslos sind, dann ist nicht Hochkonjunktur.

Wenn die in den Industriestaaten vollbeschäftigten Arbeiter unzureichende Löhne erhalten, die unter einem vernünftigen Existenzminimum stehen, dann ist nicht Hochkonjunktur.

Hochkonjunktur ist gegenwärtig in keinem Staat der Erde.

Bei uns kann — von unserer zwar Leistungsfähigen, aber nicht übermäßig gewaltigen Kriegsindustrie abgesehen — und etwa von der Seiden- und Kunstseiden-Weberei, höchstens von einem kleinen Ansatze zur Konjunktur gesprochen werden.

Hochkonjunktur ist eine Wirtschaftsepoche, welche in der privatkapitalistischen Wirtschaft nur auf ihrer Aufstiegsseite denkbar war. Dieses Wirtschaftssystem ist aber unausfallsam auf der Abstiegseite und auf dieser ist eine wirkliche Hochkonjunktur überhaupt nicht mehr möglich.

Zu einer Hochkonjunktur in der privatkapitalistischen Wirtschaft genügt nicht das Bedürfnis und der Wunsch der Konsumenten, Waren zu kaufen. Trotz reichlichen Warenüberschusses ist ja ein geradezu unbegrenzter Warenmangel in der schwersten Krisenzeit vorhanden, der Warenbedarf von jetzt würde für die kapitalistische Hochkonjunktur ausreichen. Nur Hochkonjunktur müßte aber auch die Voraussetzung erfüllt sein, daß die Waren auch gekauft und bezahlt werden können.

Die Tendenz der privatkapitalistischen Wirtschaft, den Lohnanteil an den Waren möglichst zu verringern, möglichst viele Arbeitsmenschen aus dem Produktionsprozess auszuschalten und die Löhne der Beschäftigten herunterzudrücken, ist im härtesten Gegensatz zur Voraussetzung der Hochkonjunktur, denn sie macht es ja den Konsumenten unmöglich, Waren zu kaufen und zu bezahlen. Der Privatkapitalismus auf seiner Verfallsseite, vernichtet also seinen Warenabsatz, statt ihn zu stärken und zu steigern, er erschlägt seine

Polens Schwerindustrie flüchtet vor Hitler

(S. C.) Ein sichtlich großzügiges Projekt der zur Zeit verantwortlichen politischen und militärischen Kreise Polens, das gewiß schon allein wegen seiner technischen Problematik an sich und keineswegs nur wegen seiner militärischen aktuellen Bedeutung für Mittel- und Osteuropa geeignet ist, die Aufmerksamkeit auch außerhalb Polens auf sich zu lenken, ist die geplante Verlegung des Schwerpunktes der polnischen Schmelz- und Rüstungsindustrie aus der ober-schlesischen Gegend ins tiefe Innere Polens, in den Distrikt Sandomierz zwischen Weichsel und San einerseits und den Karpaten andererseits. Hier soll im Verlaufe einer Art von „Zehnjahresplan“ ein neues riesiges Industriezentrum entstehen, gestützt nicht nur auf den Wald- und Erzebergbau dieser bisher fast völlig unerschlossenen Gegend, sondern vor allem auch auf die Wärme-energetische Basis von Rappha und Erdgas, das bei Rafano bzw. Strosno die Natur des Landes hergibt. Die hier gewonnene Wärme und elektrische Energie soll einmal ganz Mittelpolen, vor allem aber auch Warschau selbst versorgen. Allein die Erbung des Bodens für die geplanten technischen Anlagen und die Gefährdung an Polens Schienenstrassen — was in der ersten Etappe des „Planes“ verwirklicht werden soll — werden freilich rund drei Milliarden Zloty beanspruchen.

Das gewaltige Projekt ist im Sejm bereits diskutiert worden, nachdem es Finanzminister Sklabowski wenigstens in den großen Linien dort entwickelt hat. Seit einigen Tagen bildet es einen bevorzugten Gegenstand technischer, aber auch politischer und militärischer Auseinandersetzungen in der polnischen Presse. Nicht nur, daß auf diese Weise der wesentliche Teil jenes neuen großen Rüstungskredites des großen demokratischen Verbänders im Westen der Andz-Emittis bei seinem letzten Pariser Besuch durchgeföhrt und der vor etwa vier Wochen Frankreichs Kammer und

eigenen Konsumenten. Ohne reichliche Aufnahme-fähigkeit des Marktes, ohne reichliche und lauffähige Konsumentenmassen ist aber eine Hochkonjunktur nicht vorstellbar und deshalb gibt es auch keine privatkapitalistische Hochkonjunktur mehr.

Zur Auslösung einer Hochkonjunktur ist als weitere Voraussetzung in der privatkapitalistischen Wirtschaft reichliche Initiativen erforderlich und diese ist vollständig erloschen. Die Ausrede der heutigen Kapitalisten, daß staatliche Eingriffe ihre Initiative hemmen, ist vollkommen abwegig. Sie verbänden sogar viele Marktverbindungen, und besonders viel finanzielle Hilfe dem Staate (z. B. Kartellmonopole, Exportprämien, Zollschutz, Kredithilfe, Sanierungen, Steuerzuschüsse etc.). Dagegen sind die Kartelle und Truste ein Beweis dafür, daß die wirkliche Unternehmer-Initiative von den Kapitalisten selbst beseitigt wird.

Je höher eine Konjunktur in der gegenwärtigen Ordnung steigt, umso gefährlicher wird die auf sie folgende Krise. Nicht eine Hochkonjunktur anzustreben kann also die Aufgabe sein, sondern anzustreben ist eine planmäßige Organisation der Wirtschaft mit Initiative und Kontrolle der Verbraucher und der Arbeitsmenschen aller Stände und Berufe.

Die Arbeitszeitverkürzung auf dem Vormarsch

Weitere Erfolge der amerikanischen Arbeiter

Neu York. (Meuter) Der Stahltrust Carnegies in Illinois, gemeinsam mit der United States Steel Corporation, meldete gestern, dem Beispiele fünf der größten unabhängigen Stahlwerke nachfolgend, daß sie sämtliche Löhne ihrer Arbeiterschaft erhöhen und ein tägliches Lohnminimum von 5 Dollar sowie auch die 40stündige Arbeitswoche einführen. Diese Regelung betrifft 120.000 Arbeiter. Die Führer der Arbeiterschaft erklären, daß damit der größte Sieg der Arbeiterschaft in den letzten 40 Jahren errungen wurde. Die riesigen Unternehmens-Carnegies werden nun die Staatlieferungen durchführen, die zum Bau der neuen Kriegsschiffe erforderlich sind.

Streik in der englischen Autoindustrie

London. In den Rolls-Royce Werken, der bekannten englischen Automobilfirma, ist es zu einem Streik gekommen. Bis jetzt haben 3.500 Mann die Arbeit niedergelegt. Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks haben bisher zu keinem Erfolg geführt. Sie sollen heute fortgesetzt werden.

Mangel an Stahl und Eisen auch in England

London. Ähnlich wie die Beschränkung und in einigen Fällen die vollständige Aufhebung der Einfuhrbewilligungen für Stahl und Eisen bekanntgegeben. Die Einfuhrgebühren für Gußware wurden aufgehoben und die Gebühren für Gießereiprodukte von 20 auf 10 v. H. herabgesetzt. Diese Maßnahmen werden mit dem Mangel an Stahl und Eisen begründet, der sich auf dem Londoner Markt infolge des englischen Aufrüstungsprogramms fühlbar machte.

gewissermaßen in ihre tiefsten Wälder flüchtet, hat auch jährlieh vom arbeitswirtschaftlichen Standpunkt aus einiges Interesse zu beanspruchen. Im Bezirk Sandomierz gab es bisher — als einzige Repräsentanten der „Industrie“ — drei nicht sehr große Ziegeleien, eine Spritzen- und einige bescheidene Sägewerke. In der Landwirtschaft herrscht der gräfliche Besitz neben erbärmlichen Zwerghöfen vor. Der Bezirk hatte die schlimmste und die drückendste Arbeitslosigkeit ganz Polens. Wie nun die Diskussion in der polnischen Presse über den „Zehnjahresplan“ als kapitalistische und spekulative Stimulans der Wirtschaft gewirkt hat, zeigt die Tatsache, das jetzt im Bezirk bereits W o d e n s und G r u n d s t ü c k s w e r t e i g e r u n g e n auf das Hundertfache der bisherigen Tagelöhne registriert werden und im Hinblick auf jene durch den „Zehnjahresplan“ sicherlich bewirkte Entlastung der polnischen Wirtschaftsfaktoren schreibt denn auch das schon zitierte deutsch-polnische Gewerkschaftsblatt: „Die Arbeiterschaft wird die Pläne der Regierung weiter mit Interesse verfolgen; hat sie doch von ihnen, durch die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, sehr vieles zu erwarten“.

Hat Ribbentrop ausgespielt? Der Londoner „Daily Herald“ meldet, daß Herr von Ribbentrop, dessen Londoner Verhandlungen über die deutschen Kolonialforderungen ergebnislos geblieben sind (was Eden Herrn von Ribbentrop noch vor seiner Rückreise nach Deutschland persönlich mitgeteilt hat), im Dritten Reich nun einen schweren Stand habe. Besonders soll Goebbels ihm vorwerfen, daß er ein „Verfälscher“ sei und daß die von Ribbentrop eingeleitete Kolonial-Kampagne ein Fehler war. Es sei unter diesen Umständen möglich, daß Ribbentrop nicht mehr als Vorkämpfer nach London (wo er ja auch noch unliebsame Zwischenfälle hervorgerufen hat) zurückkehren werde. Ribbentrop selbst soll aber, allen Vorwürfen zum Trotz, daran festhalten, daß die Kolonial-Kampagne weitergeführt werden müsse, in dem Sinne, in dem auch seine Rede bei der Leipziger Messe gehalten war, und er soll alles aufbieten, um Hitler von der Nichtigkeit seines Standpunktes zu überzeugen. Wer es werde ihm schwer fallen, den bisherigen Mißerfolg seiner Londoner Tätigkeit, der auch mit dem in England besonders unbeliebten deutsch-japanischen Antifowjet-Pakt in Verbindung steht, zu verschleiern.

Trotz „Kulturabkommen“. (Wien, Tsch. P. W.) Bekanntlich ist die reichsdeutsche Filmindustrie schon längere Zeit bestrebt, alle übrigen ausländischen Filme aus Oesterreich zu verdrängen und den österreichischen Filmmarkt zu beherrschen. Dabei liefert Deutschland nach Oesterreich ausgesprochene Propaganda, und anti-jüdische „Kulturabkommen“ der Filme „Friederich“ und „Deutschland“, die bei der österreichischen gesunden Bevölkerung Argernis und Widerstand hervorrufen. Deshalb ist der Film „Friederich“ in Wien polizeilich verboten worden, als es in zwei Kinos zu Demonstrationen kam, während die Oesterreicher der zweite Film „Deutschland“ von der Landesbehörde verboten wurde.

Die Ausgaben des britischen Marinebudgets für 1937 erreichen die Höhe von 105.965.000 Pfund Sterling (14,7 Milliarden RM), was gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 23.776.000 Pfund Sterling, eingerechnet auch die außerordentlichen Ausgaben, beträgt. Auf dem Programm befindet sich der Bau von drei Panzerkreuzern, zwei Flugzeugmutterkreuzern, drei Kreuzern zu 8000 Tonnen, zwei Kreuzern zu 5300 Tonnen, 18 Torpedobootzerstörer, 7 U-Booten und 45 anderen Einheiten.

Das Präbium der belgischen sozialistischen Partei nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher den spanischen Republikanern die Sympathien ausgesprochen werden. Weiters heißt es in der Resolution, daß die belgischen Sozialisten sich dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Allgemeinen Gewerkschaftlichen Internationale über die Errichtung eines großen Krankenhauses in Valencia anschließen. — Die Resolution über die innerpolitische Politik der Partei beinhaltet ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Tendenzen, die in der letzten Zeit aufeinander gestoßen sind. Die Entschiedenheit lehnt den sogenannten „Nationalsozialismus“ ab, bezoglichen aber auch ein gemeinsames Vorgehen mit der extremen Linken und insbesondere mit den Kommunisten. Sie verbarrt auf der engen Zusammenarbeit mit der Internationale und ihren Prinzipien.

Die nationale Teilung der belgischen Armee. Die sämtlichen Mitglieder des belgischen Ausschusses, der den Gesetzentwurf über die Neuorganisation der Sprachenfrage in der belgischen Armee vorbereitet hat, haben sich über drei wichtige Grundzüge geeinigt. Danach soll von den Unteroffizieren bis zum Hauptmann eine gründliche Kenntnis der zweiten Landessprache nicht verlangt werden. Die aus der sämtlichen oder der französischen Abteilung der Militärakademie hervorgehenden Offiziere müssen in den entsprechenden Stämischen oder wallonischen Truppenteilen Verwendung finden. Die stämischen Abgeordneten haben weiterhin beschloffen, darauf zu bestehen, daß die Kammer unmittelbar nach Ostern mit der Beratung dieses Gesetzentwurfes beginnt.

Rankings. An Stelle Tschaschikuns, der am 22. Februar aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegte, wurde zum Außenminister das frühere Mitglied des Internationalen Gerichtshofes in Genö, Bankshunjei, ernannt.

